

INHALT

1. Ministerin Spoorendonk wegen möglicher Einflussnahme auf Staatsanwaltschaft unter Druck
2. CDU fordert Löschung von Albig-Imagefilmen auf der Internetseite der Landesregierung
3. CDU-Fraktion stellt Antrag zur Bekämpfung von Jakobskreuzkraut
4. Regierungsfaktionen lehnen Entlastung des Mittelstandes ab
5. CDU gegen Einführung einer kommunaler Pferdesteuer
6. Neue Kunstaussstellung in den Räumen der CDU-Landtagsfraktion

30.09.2016

Ministerin Spoorendonk wegen möglicher Einflussnahme auf Staatsanwaltschaft unter Druck
Kommende Woche neue Fragen im Innen- und Rechtsausschuss



Innenpolitische Sprecherin Petra Nicolaisen

Erst in dieser Woche wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft bereits im August Landtagspräsident Klaus Schlie darum gebeten hatte, Ermittlungen gegenüber Abgeordneten des Landtages eröffnen zu dürfen. Schlie hatte dies abgelehnt.

Anlass war ein Artikel der Kieler Nachrichten mit Bezug auf ein vertrauliches Dokument des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, in dem die Zahl der Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Friesenhof-Mitarbeiter genannt wurde. Dies hatte zu einem Schriftwechsel

zwischen der Ministerin und der Ausschussvorsitzenden Barbara Ostmeier (CDU) über datenschutz- und strafrechtliche Fragen geführt. Dieser Schriftwechsel war durch das Ministerium der Generalstaatsanwaltschaft zur Kenntnis gegeben worden.

Ein Bericht des SHZ warf die Frage auf, ob darin eine Einflussnahme auf die Staatsanwaltschaft zu sehen ist. Seitens der Opposition wird dies klar bejaht, die Regierung weist es zurück. Angesichts des öffentlichen Drucks machte Spoorendonk zunächst die E-mails ihres Mitarbeiters, später dann auch ihre eigenen Schreiben öffentlich. Ministerpräsident Albig legte nach Aufforderung durch die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP, Daniel Günther und Wolfgang Kubicki, am Freitag den gesamten Schriftverkehr vor. Er bezeichnete die fragliche Mail an die Staatsanwaltschaft als aus datenschutzrechtlichen Gründen ausdrücklich geboten und keinerlei Versuch der Einflussnahme. Günther und Kubicki blieben dennoch bei ihrer Einschätzung. "Wenn eine nachgeordnete Behörde einen solchen Brief gemailt bekommt, dann gehen da alle Lampen an. Das weiß jeder, der mal Regierungsverantwortung hatte", so Günther.

Neue Fragen wirft zudem eine Stellungnahme des Datenschutzzentrums, auf die Albig sich bezieht, auf. Die Datenschützer empfehlen unter anderem, bei der Redaktion der Zeitung Auskünfte über Inhalt, Form und nach Möglichkeit auch Quelle des vorliegenden Dokumentes zu erfragen.

„Das hört sich sehr danach an, als ob auf dem Wege des Datenschutz die Pressefreiheit ausgehebelt werden könnte. Wir wollen wissen, ob die Landesregierung diesen Empfehlungen gefolgt ist“, sagte Günther.

Die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Petra Nicolaisen, stellte einen entsprechenden Antrag für die kommende Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses.

CDU fordert Löschung von Albig-Imagefilmen auf der Internetseite der Landesregierung Günther: Es darf keinen Wahlkampf aus der Staatskanzlei geben



Fraktionsvorsitzender Daniel Günther

Er würde sein Amt als Ministerpräsident gerne noch länger machen, sagt Ministerpräsident Albig in dem auf der Homepage der Landesregierung veröffentlichten, mehr als 10.000 Euro teuren, Video zu seiner Sommertour. Dieses liefert viele schöne Bilder des Regierungschefs im Gespräch mit Bürgern. Ansonsten erfährt der Betrachter, warum Albig seinen Job gern macht. Darüber hinaus ist der Informationsgehalt gleich Null.

Wer möchte, kann sich das Video im untenstehenden Link ansehen. CDU-Fraktionschef Daniel Günther sieht in dem Video eine unerlaubte Wahlwerbung auf Kosten des Steuerzahlers. Er fordert deshalb eine Löschung des Videos, das Albig neben SPD-Wahlwerbung auch auf seiner persönlichen Facebook-Seite geteilt hat.

Bereits 1977 hatte das Bundesverfassungsgericht der Wahlwerbung von Regierungsorganen sehr enge Grenzen gesetzt. Einer der Leitsätze:

„Es ist mit dem Verfassungsprinzip, daß Bundestag und Bundesregierung nur einen zeitlich begrenzten Auftrag haben, unvereinbar, daß die im Amt befindliche Bundesregierung als Verfassungsorgan im Wahlkampf sich gleichsam zur Wiederwahl stellt und dafür wirbt, daß sie als "Regierung wiedergewählt" wird.“

Günther sieht in dem Video einen klaren Verstoß gegen diesen Leitsatz. Auch der Bund der Steuerzahler teilte in einem Medienbericht die Einschätzung, dass es sich um Wahlwerbung auf Kosten des Steuerzahlers handelt.

Link zum Video in folgendem Artikel:

<http://www.ln-online.de/Nachrichten/Norddeutschland/Wahlkampf-Wirbel-um-Albig-Video>

Link zu den Leitsätzen des Urteils:

<https://www.telemedicus.info/urteile/Informationsrecht/Staatliche-Oeffentlichkeitsarbeit/404-BVerfG-Az-2-BvE-176-Oeffentlichkeitsarbeit.html>

CDU-Fraktion stellt Antrag zur Bekämpfung von Jakobskreuzkraut Götttsch: Habeck muss endlich mehr tun



Hauke Götttsch

Die CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert mit einem Antrag für die Oktobersitzung eine stärkere Bekämpfung des Jakobskreuzkrautes.

„Es darf nicht sein, dass Landwirte hunderte Arbeitsstunden zur Belämpfung des Krauts aufwenden müssen, weil die Stiftung Naturschutz auf ihren Flächen nicht genug tut“, begründete der CDU-Abgeordnete Hauke Götttsch den Antrag.

Schleswig-Holsteinische Imker mussten in diesem Jahr zum Teil ihre komplette Ernte

vernichten, weil in Honigproben der Grenzwert für giftige Pyrrolizidinalkaloide massiv überschritten wurde.

„Wenn Imker aufgeben, dann betrifft das nicht nur die Honigproduktion. Ohne Bienen ist unsere gesamte Kulturlandschaft gefährdet“, so Götttsch.

Der Antrag soll die Landesregierung auffordern, auf öffentlichen Flächen – beispielsweise der Stiftung Naturschutz oder des Landesbetriebes für Straßenbau – für eine effektive Bekämpfung des Krauts zu sorgen. Auf Bundesebene soll ein einheitlicher Grenzwert für Pyrrolizidinalkaloide geschaffen werden. Bis auf weiteres sollen geschädigte Imker aus Landesmitteln entschädigt werden.

Link zum Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4600/drucksache-18-4687.pdf>

Regierungsfractionen lehnen Entlastung des Mittelstandes ab

Callsen: Einfachere Vergabeverfahren und Abbau von Bürokratie mit Albigen Regierung nicht zu machen



Wirtschaftspolitiker Johannes Callsen

Nach der Anhörung über das Mittelstands-Entlastungsgesetz im Wirtschaftsausschuss hatte die CDU-Fraktion ihren Gesetzentwurf geändert, um Anregungen aufzunehmen. Der Gesetzentwurf hatte insgesamt von den Fachleuten großen Zuspruch erhalten. Nach der Anhörung wurde von der CDU die Integration von Migranten und die Förderung von Teilzeitausbildungen zum Beispiel von Müttern noch aufgenommen. Die Vergabe von ÖPNV-Leistungen wurde an die Voraussetzung geknüpft, dass ein Betrieb seine Mitarbeiter nach einem in Schleswig-Holstein gültigen Tarifvertrag entlohnt. Mit der Rücknahme der erweiterten Abstände zu Küsten wollte die Union Tourismus- und Gastronomiebetrieben wieder die Möglichkeit geben, sich vor Ort zu erweitern und auf dem neusten Stand zu halten. Die Regierungsfractionen lehnten den Gesetzentwurf in dieser Woche trotz des großen Zuspruches ab. CDU-Wirtschaftsexperte Johannes Callsen reagierte empört: „Die Albigen Regierung gibt in dieser Legislaturperiode bis zu 19 Millionen Euro allein dafür aus, dass die Kommunen ihre sinnlosen neuen Vergabegesetze kontrollieren. Das Geld wäre besser in der Planung und dem Bau von wirtschaftsnaher Infrastruktur aufgehoben gewesen. Aber mit dieser Koalition sind einfachere Vergabeverfahren, eine bessere Infrastruktur und der Abbau von Bürokratie im Sinne der Wirtschaft nicht zu machen“, so Callsen.

CDU gegen Einführung einer kommunaler Pferdesteuer **Ostmeier und Rathje-Hoffmann warnen vor Dambruch**

Der Finanzausschuss der Gemeinde Tangstedt hat in dieser Woche die Weichen für die Einführung einer "Pferdesteuer" gestellt. Pferdebesitzer sollen demnach pro Tier 150 Euro im Jahr bezahlen. Sowohl die CDU-Wahlkreisabgeordnete Katja Rathje-Hoffmann als auch die sportpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, warnten vor einer Zustimmung des Gemeinderates. "Tangstedt wäre die erste Gemeinde in Schleswig-Holstein, die eine kommunale Pferdesteuer einführen würde. Damit würde insbesondere eine Breitensportdisziplin besteuert. Ich warne vor einem Dambruch", sagte Ostmeier.

Es wäre nach ihrer Ansicht völlig unsinnig, wenn die öffentliche Hand auf Bundes- und Länderebene den Reitsport fördere, er gleichzeitig jedoch auf kommunaler Ebene besteuert würde! Über siebzig Prozent der Aktiven seien Jugendliche und Heranwachsende. „Die Jugendlichen lernen in diesem Sport eine hohe Sozialkompetenz, weil sie auch die Verantwortung für ein Tier übernehmen“, machte die Sportpolitikerin Ostmeier deutlich.

Rathje-Hoffmann betonte, dass die finanziell angeschlagene Gemeinde Tangstedt mit dieser Pferdesteuer lediglich das Loch in der Gemeindekasse stopfen wolle. Eine Pferdesteuer werde nicht das strukturelle Defizit von Tangstedt lösen. Es sei damit zu rechnen, dass die ortsansässigen und steuerzahlenden Betriebe in Nachbargemeinden abwandern könnten. "Schließlich geht es ja auch um Arbeitsplätze und um Einnahmen für Tangstedt, die dann bei einem Umzug wegbrechen“, so Rathje-Hoffmann.



Sportpolitikerin Barbara Ostmeier

Neue Kunstaussstellung in den Räumen der CDU-Landtagsfraktion **Eröffnung mit Bildern von Julia-C. Boecker**

Am Dienstag, den 27. September 2016, war es wieder soweit. Eine neue Ausstellung in den Räumen der CDU-Landtagsfraktion wurde durch den Fraktionsvorsitzenden, Daniel Günther, und den kulturpolitischen Sprecher, Peter Sönnichsen, im Beisein von etwa 100 geladenen Gästen eröffnet.

Ausgestellt werden Fotografien und Malereien der Kielerin Julia-C. Boecker. Die Grafik-Designerin und Illustratorin zeigt eine Auswahl von Schwarz-Weiß-Fotos auf Leinwand und Fotos, die durch eine besondere Bearbeitung und den Druck auf vorbehandelte

Aluminiumplatten im Zusammenspiel mit Licht einzigartige Effekte hervorbringen.

In der Malerei zeigt Julia-C. Boecker mit ihrer Reihe „Schutzgöttinnen“, die unter anderem mit Acrylfarben, Aquarellfarben und Farbkreide gemalt wurden, einen großen Kontrast zu ihren Schwarz-Weiß-Fotografien. Die großen, farbenprächtigen Bilder mit ihrer Leuchtkraft lassen filigrane Ornamente entstehen und verströmen pure Energie.

Umrahmt wurde der Abend von der Sängerin Viola Schnittger, die mit ihrer Interpretation bekannter Pop-Balladen für einen weiteren künstlerischen Höhepunkt sorgte.

Die Bilder können bis zum 19. Dezember 2016 bestaunt werden und stehen natürlich auch zum Verkauf.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.



V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de